

## Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Haushaltstitel sind die vom Freistaat zugesagten Mittel für den Ausbau fester und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Sinne des vom Staatsministerium vorgeschlagenen „Matching-Modells“ (50 Prozent Personalkosten werden vom Freistaat und 50 Prozent von der jeweiligen Universität übernommen) in der Musikpädagogik an staatlichen Hochschulen veranschlagt, wie viele Stellen wurden damit neu geschaffen/sollten damit neu geschaffen werden (bitte jeweils Universität/Hochschule und Stellenumfang in VZÄ mitangeben) und in welcher Weise stellt der Freistaat sicher, dass die Mittel faktisch dafür verwendet werden, sozialversicherungspflichtige und sichere Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und somit eine existenzsichernde Perspektive für die Beschäftigten zu schaffen und damit der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die von den Lehrbeauftragten im Musikpädagogikbereich unterrichteten Stunden ein dauerhafter Teil des Pflichtcurriculums sind und die Studierenden hier ein Anrecht auf dauerhaft qualitativ hochwertigen Unterricht von qualifizierten und routinierten Lehrbeauftragten haben?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fälle seit 2020 in Bayern, die direkt oder indirekt mit der Islamischen Republik Iran durch iranische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger oder etwaige anderen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (z. B. deutsche Staatsangehörige, arabische Staatsangehörige), die als Erfüllungsgehilfen oder Beauftragte der Islamischen Republik Iran in Betracht gezogen werden oder deren Verbindung zur islamischen Republik Iran objekt feststeht, von Einflussnahmeversuchen (z. B. auf das Verhalten von in Bayern lebenden Oppositionellen zum iranischen Regime), konspirative Handlungen (z. B. Beobachtung öffentlicher oder religiöser Einrichtungen, wie z. B. Moscheen und Synagogen) oder sonstige Sabotageversuche und vollendete Sabotagehandlungen sind der Staatsregierung bekannt (bitte gegebenenfalls Einzelerwähnung mit Tatort und Tatzeit) und wie wurde damit umgegangen?

**Nicole Bäumler**

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die aktuellen Pläne bzgl.

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich, noch formal geprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

<p>(SPD)</p>	<p>des verpflichtenden Besuchs von Gedenkstätten aller Schularten, sind Wirtschaftsschulen explizit mitgemeint und falls nein, wieso nicht?</p>
<p><b>Johannes Becher</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien bzw. in welchem Verfahren die sogenannten Windkümmerer in Bayern bestellt werden, welche vergaberechtlichen Vorgaben nach Auffassung der Staatsregierung für langfristige und exklusive Kooperationsverträge zwischen kommunalen Unternehmen und externen Projektierungsbüros im Bereich der Windenergie gelten und ob bei auf unbestimmte Dauer angelegten Verträgen mit erheblichem Gesamtvolumen grundsätzlich eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist, auch wenn einzelne Abrechnungen zunächst unterhalb der maßgeblichen Schwellenwerte liegen?</p>
<p><b>Andreas Birzele</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien und Verfahren die dem Freistaat aus dem Europäischen Solidaritätsfonds gewährten rund 95 Mio. Euro zur Bewältigung der Hochwasserschäden 2024 auf die betroffenen Landkreise verteilt werden, in welcher konkreten Höhe die einzelnen betroffenen Landkreise Mittel erhalten sollen (bitte auflisten) und welche Voraussetzungen beziehungsweise etwaige Antrags- oder Nachweispflichten die betroffenen Gemeinden erfüllen müssen, um diese Mittel tatsächlich ausgezahlt zu bekommen?</p>
<p><b>Florian von Brunn</b> (SPD)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Haushaltsausgaben des Freistaates (einschließlich aller Staatsministerien sowie deren nachgeordneten Behörden und Dienststellen) für Lizenzen, Software-Nutzungsgebühren und Dienstleistungen der Firma Microsoft in den einzelnen Haushaltsjahren von 2020 bis 2025 (bitte einzeln pro Jahr sowie als Gesamtsumme tabellarisch aufschlüsseln), wie hoch waren die Haushaltsausgaben des Freistaates für Microsoft 365 (M365) in den einzelnen Haushaltsjahren von 2020 bis 2025 (bitte einzeln pro Jahr sowie als Gesamtsumme tabellarisch aufschlüsseln) und mit welchen Ausgaben für Microsoft-Produkte und -Dienstleistungen plant die Staatsregierung im Doppelhaushalt 2026/2027 (bitte unter Angabe der jeweiligen Einzelpläne und Haushaltstitel aufschlüsseln)?</p>
<p><b>Dr. Markus Büchler</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, dem Beispiel Schleswig-Holsteins zu folgen, in Abstimmung mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen in den nächsten fünf Jahren viele Ausbauten, Sanierungen, Elektrifizierungen oder Reaktivierungen mit Hilfe der gemäß dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (Infrastruktur-Sondervermögen) zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich früher umzusetzen als ursprünglich geplant und falls nicht, warum, inwieweit plant die Staatsregierung Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen für die Eisenbahninfrastruktur zu verwenden?</p>
<p><b>Kerstin Celina</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Angesichts des Kabinettsbeschlusses der Staatsregierung vom 24.02.2026 zum barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe Ochsenfurt, Kitzingen sowie Marktbreit und den angekündigten Korridorsa-</p>

nierungen Würzburg-Treuchtlingen sowie Würzburg-Nürnberg, die als einmaliges Zeitfenster die Bauabwicklung bündeln und damit in der Summe kürzere Sperrzeiten ermöglichen, zugleich aber ein hohes Maß an vorbereitender Planung und lange Vorlaufzeiten erfordern, frage ich die Staatsregierung, in welchen Zeiträumen die Korridorsanierungen geplant sind, bis wann eine genehmigungsfähige Planung vorliegen muss und welche Abstimmungen (bitte Zeitpunkte und Akteure nennen) hier bereits zwischen Freistaat, Bahn und Bund erfolgt sind, um die o. g. Projekte in die Maßnahmenliste der Korridorsanierung aufzunehmen?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge (BEV und Plug-in-Hybrid) im Regierungsbezirk Schwaben in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, wie die Zahl der öffentlich zugänglichen (Schnell-)Ladepunkte in Schwaben (bitte beide Fragen jeweils nach Gebietskörperschaften aufgeschlüsselt) und inwiefern fördert die bayerische Staatsregierung aktuell den Zubau öffentlicher E-Ladesäulen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Antidiskriminierungsstellen gibt es in Bayern (bitte die Finanzierung der Antidiskriminierungsstellen angeben, bitte zwischen Kommunen, Land und Bund unterscheiden), wie viele Personen haben sich in den Jahren 2020 bis 2025 an die vorhandenen Antidiskriminierungsstellen gewandt, wie genau lautet die Kooperationsvereinbarung zwischen B.U.D. e. V. und den Polizeipräsidien in Mittelfranken und in der Oberpfalz?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie diese es auch im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht bewertet, dass der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter seine Einnahmen aus seiner Nebentätigkeit für den FC Bayern nicht angezeigt hat, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und ob bayernweit vergleichbare Fälle bekannt sind?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte und Träger werden aus dem Titel 10 07/60 (Prävention im Bereich Extremismus und Radikalisierung) gefördert, welche Fördersummen haben die einzelnen Träger bzw. Projekte jeweils in den Jahren 2024 und 2025 erhalten und welche Fördersummen sind für die einzelnen Träger bzw. Projekte jeweils in den Jahren 2026 und 2027 vorgesehen (bitte jeweils unter besonderer Berücksichtigung der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und RIAS Bayern sowie unter Angabe etwaiger geplanter Absenkungen, deren jeweiliger Höhe und Begründung)?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Mit Bezug auf die Antwort auf die Drs. 19/9682 (Angebot von Firmenfitnessprogrammen durch die Staatsregierung) frage ich die Staatsregierung, ob sie plant, Firmenfitnessprogramme wie beispielsweise Urban Sports Club oder EGYM Wellpass künftig auch den Beschäftigten der Bayerischen Polizei anzubieten, falls ja, bis wann damit zu rechnen ist und falls nein, welche Gründe

aus Sicht der Staatsregierung dagegen sprechen?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Pressemitteilung Nr. 021/2026 „Bundestag beschließt Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz“ vom 05.03.2026 (Quelle: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat – Pressemitteilungen – Bundestag beschließt Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz), in der der Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, Alois Rainer folgendermaßen zitiert wird: „... Bis zum Almauftrieb ist der Wolf im Jagdgesetz – das ist mein Ziel. Auch dort, wo Zäune und Herdenschutzhunde an ihre Grenzen kommen, kann bald zielgenau gehandelt werden, wie beispielsweise in der alpinen Region. ...“ und im Blick darauf, dass bereits im Herbst von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber der „nicht günstige Erhaltungszustand des Wolfes im Alpenraum“ kritisch angemerkt wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie die in der Pressemitteilung oben zitierte Aussage von Bundesminister Alois Rainer in Bezug auf einen möglichen Wolfsabschuss im bayerischen Alpenraum versteht sowie bewertet, bis wann mit einem regionalen Bestandsmanagement-Plan der Staatsregierung zu rechnen ist (bitte getrennt nach kontinentaler und alpiner Region angeben) und was die neu geschaffene Möglichkeit, Weidegebiete in Gebieten, in denen präventiver Herdenschutz nicht möglich ist, auszuweisen, konkret für mögliche Wolfsentnahmen in diesen Gebieten zu bedeuten hat?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Haushaltsmittel in den Jahren 2024 und 2025 zur Förderung der Kreislaufwirtschaft im Textilsektor und zur Sensibilisierung von nachhaltigem Textilkonsum verwendet wurden (bitte Angabe von Haushaltstiteln, konkreten Projekten und Beträgen), welche konkreten Mittel für die genannten Zwecke in den Jahren 2026 und 2027 eingeplant sind (bitte Angabe von Haushaltstiteln, geplanten Maßnahmen und Beträgen) und wie nach Ansicht der Staatsregierung die Kommunen die zusätzlichen organisatorischen und finanziellen Belastungen bewältigen sollen, denen sie aufgrund des Rückzugs von Dienstleistern aus der Alttextilsammlung und -verwertung gegenüberstehen – vor dem Hintergrund, dass im Haushalt Zuschüsse durch den Freistaat aktuell nicht eingeplant sind?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurde und wird das Projekt „Landfrauen machen Schule“ in den jeweils letzten fünf Schuljahren bis zum Stichtag der Anfrage aus dem Haushaltsetat des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus unterstützt, mit welchen Mitteln wurde und wird das Projekt „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ in den jeweils letzten fünf Schuljahren bis zum Stichtag der Anfrage aus dem Haushaltsetat unterstützt (bitte auch auf Höhe der Unterstützung eingehen) und wie erklärt die Staatsregierung Mittelkürzungen sowohl bei den Projekten „Landfrauen machen Schule“ und „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ (Entwurf

des Doppelhaushalts 2026/2027 Titel 0803 75, Begleitmaßnahmen Zukunftsvertrag mit Mittelkürzung um 55.000 Euro) als auch bei Kooperationen beider Projekte mit den Landfrauen, insbesondere, da mit Beschluss des Landtags vom 03.07.2024 „Ausbau und Stärkung der Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ beschlossen wurde?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten, wonach im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat unter Bundesminister Alois Rainer der Begriff „Pestizide“ intern nicht mehr verwendet werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese Entscheidung bewertet, ob eine vergleichbare sprachliche Vorgabe auch in Behörden des Freistaates Bayern praktiziert oder geplant ist und inwiefern eine solche sprachpolitische Praxis – die an Maßnahmen der „Make-America-Great-Again-Movement“-Politik erinnert, bei der etwa Begriffe wie „Klimakrise“ aus offiziellen Dokumenten gestrichen wurden – aus Sicht der Staatsregierung fachlich oder politisch geboten sein soll?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2026/2027 vorgeschlagen hat, die haushaltsgesetzliche Sperre auf 15 Prozent anzuheben und den Ressorts für den Vollzug der Einzelpläne zusätzlich globale Minderausgaben aufzulegen, frage ich die Staatsregierung, für welche Ausgabenkategorien die haushaltsgesetzliche Sperre gelten soll, welche finanzielle Höhe in absoluten Beträgen die haushaltsgesetzliche Sperre jeweils für die Einzelpläne im Haushaltsjahr 2026 und im Haushaltsjahr 2027 betragen sollen und welche finanzielle Höhe die sogenannten globalen Minderausgaben jeweils für die Einzelpläne im Haushaltsjahr 2026 und im Haushaltsjahr 2027 betragen sollen, wenn der Landtag entsprechend dem Vorschlag der Staatsregierung beschließt?

**Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, analog zu den Empfehlungen der EU-Institutionen, eine eigene Landesstrategie zur Förderung digitaler Gesundheitskompetenz aufzulegen, die systematisch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen (z. B. ältere Menschen, Jugendliche, Menschen mit geringer digitaler Kompetenz) erreicht, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass Maßnahmen zur digitalen Gesundheitskompetenz übergreifend in Kooperation mit Schulen, Erwachsenenbildung und Gesundheitsinstitutionen umgesetzt werden für eine breite und nachhaltige Wirkung und welche Schritte werden entsprechend unternommen, um die Verlässlichkeit digitaler Gesundheitsinformationen sicherzustellen, etwa durch Qualitätssiegel, damit digitale Gesundheitsangebote tatsächlich für eine Recherche zu Gesundheitsthemen genutzt werden können?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bestandsgrenze es für den Wolf in den Bayern betreffenden biogeographischen Regionen bzw. in Bayern gibt, ab der wegen der Einhaltung des günstigen Erhaltungszustands keine weiteren Wölfe mehr entnommen werden dürfen, wie wird sichergestellt, dass der günstige Erhaltungszustand

zustand des Wolfs in diesen biogeographischen Regionen bzw. in Bayern erhalten bleibt und welche Behörde ist für das laufende Monitoring und die Erstellung des regionalen Bestandsmanagementplans zuständig?

**Andreas Jurca**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die aktuelle Haushaltslage des Bezirks Schwaben und die daraus resultierende Entwicklung der Bezirksumlage bewertet, wie sich nach Kenntnis der Staatsregierung die Umlagekraft, der ungedeckte Finanzbedarf und die Entwicklung der Bezirksumlage in Schwaben im Vergleich zu den übrigen bayerischen Bezirken seit 2024 entwickelt haben und mit welchen weiteren Maßnahmen sie auf die anhaltenden Fallzahl- und Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe reagieren will, um zusätzliche Umlagesteigerungen in den kommenden Haushaltsjahren zu vermeiden?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Klagen von Kommunen oder Bürgern gegen den Bau von Windkraftanlagen lagen in den Verwaltungsgerichten der einzelnen bayerischen Bezirke im Jahr 2024 erstinstanzlich vor (bitte tabellarisch nach Klagen pro Jahr und Bezirk angeben) und wie viele Klagen von Kommunen oder Bürgern gegen den Bau von Windkraftanlagen lagen in den Verwaltungsgerichten der einzelnen bayerischen Bezirke im Jahr 2025 erstinstanzlich vor (bitte tabellarisch nach Klagen pro Jahr und Bezirk angeben)?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume laut Nürnberger Zeitung vom 05.03.2026 Kultur und somit Kulturausgaben inklusive Kulturbau für Kommunen als „Quasi-Pflichtaufgabe“ bezeichnet hat, frage ich die Staatsregierung, was genau der Staatsminister Markus Blume mit diesem Begriff und mit den daraus folgenden rechtlichen sowie finanziellen Konsequenzen für die Kulturförderung durch den Freistaat gemeint hat, worin unterscheidet sich eine „Quasi-Pflichtaufgabe“ von einer Pflichtaufgabe nach Meinung der für die Rechtsaufsicht über die Kommunalausgaben zuständigen Staatsregierung bzw. nach Meinung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, das über die nachgeordneten Bezirksregierungen kommunale Haushalte prüft, Haushaltssicherungskonzepte einfordert und im Extremfall Zwangsverwaltung anordnen kann, und welche konkreten Spielräume haben Kämme-reien der Kommunen in Bayern demnach tatsächlich, Kulturausgaben und insbesondere zum Erhalt des Kulturerbes notwendige Kulturbau-Ausgaben vor Kürzungen und Komplettstreichungen zu schützen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Bundestag am 26.02.2026 den Gesetzentwurf zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz) beschlossen hat, frage ich die Staatsregierung, ob es seitens der Staatsregierung Bestrebungen gibt, Regelungen zur Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Bayern zu treffen, welche Vor- und Nachteile sieht die Staatsre-

gierung in einem landeseigenen Vergabegesetz mit Tariftreue-Regeln und welche Kenntnisse hat die Staatsregierung zum aktuellen Stand und zur Umsetzung zum „Nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen“?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Initiativen haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger seit dem 04.03.2026 auf Bundes- oder EU-Ebene ergriffen, um eine Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu erwirken (bitte sämtliche Schritte der Staatsregierung gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat sowie gegenüber Organen der Europäischen Union vollständig und chronologisch auflisten, einschließlich Schreiben, Gesprächen, Beschlüssen oder Initiativen, mit Datum, Adressaten und Inhalt), welche Schritte hat die Staatsregierung seit dem 04.03.2026 eingeleitet, um prüfen zu lassen, ob kartellrechtliche Maßnahmen gegen mögliche Preisüberreibungen an Tankstellen ergriffen werden können (bitte etwaige Kontakte oder Prüfaufträge gegenüber dem Bundeskartellamt, dem Landeskartellamt, der Europäischen Kommission oder anderen zuständigen Behörden mit Datum, Gegenstand der Prüfung und gegebenenfalls Ergebnissen darstellen) und welche weiteren Maßnahmen beabsichtigen Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger innerhalb der von Dr. Markus Söder genannten Frist von etwa zwei Wochen nach dem 04.03.2026 zu ergreifen, falls sich die Lage auf den Energiemärkten nicht stabilisiert (bitte geplante Initiativen der Staatsregierung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, einschließlich möglicher Bundesratsinitiativen, Gespräche mit der Bundesregierung oder Vorstöße gegenüber Organen der Europäischen Union mit vorgesehenem Zeitpunkt und Zielsetzung darstellen)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien wenden Kommunen und Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen nach Kenntnis der Staatsregierung an, um bei fehlenden Betreuungsplätzen eine Rangfolge für die Platzzuweisung zu erstellen und anzuwenden, auf welcher rechtlicher Grundlage geschieht dies und welche Unterschiede gibt es bei der Höhe der Zahlung von kommunalen oder staatlichen Stellen an Kindertageseinrichtungen je nach Sozial- und bzw. oder Migrationshintergrund der Kinder (bitte Auswirkungen und Hintergründe, die sich auf die Förderung der Kindertageseinrichtung auswirken, erklären)?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden seit dem 27.06.2024 im Freistaat eingebürgert, wie viele dieser Personen haben im Zuge der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten, und wie hoch ist aktuell der Anteil von Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft an der Gesamtbevölkerung in Bayern?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Strategie sie im Zusammenhang mit dem von Ministerpräsident Dr. Markus Söder Ende 2025

vorgeschlagenen Bau kleiner modularer Reaktoren (SMRs) verfolgt, welche konkreten Maßnahmen sie bisher ergriffen hat und, wenn dies nicht zutrifft, was die Gründe für die Nichtverfolgung der angekündigten Pläne sind (bitte Ausbauziele, Reaktortypen, Forschungsaktivitäten usw. detailliert erläutern und begründen)?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele deutsche Staatsbürger sind im Jahr 2025 (bzw. für die verfügbaren Monate des Jahres 2025) aus Bayern brutto und netto ausgewandert, wie viele Ausländer sind im Jahr 2025 (bzw. für die verfügbaren Monate des Jahres 2025) nach Bayern brutto und netto eingewandert und welche Maßnahmen bereitet die Staatsregierung für die Jahre 2026 und 2027 vor, um Anreize für die Rückwanderung ausgewanderter deutscher Staatsbürger nach Bayern zu setzen (bitte sämtliche geplanten Initiativen, Programme oder Förderungen nach Art, Zielgruppe, Beginn, Umfang und Zuständigkeit auflisten)?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis hat sie zu eingereichten Projektskizzen von Kommunen aus Bayern zum Förderaufruf „Gemeinsam gegen Leerstand“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (bitte aufschlüsseln), wann hat die Staatsregierung Kenntnis davon erlangt, dass das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat in diesem Jahr keine neuen Verpflichtungsermächtigungen für „Gemeinsam gegen Leerstand“ ausreichen wird und inwiefern gibt es Überlegungen den Ausfall der Bundesmittel zur Beseitigung von Leerstand in eigener Zuständigkeit zu kompensieren?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Agrarumweltprogramme in Bayern wären von den geplanten GAK-Kürzungen (GAK = Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) des Bundesministers für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat betroffen (bitte mit Auflistung der geschätzten Höhe an Kürzungen je Programm und der Anzahl der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe), an welchen Agrarumweltprogrammen wird das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (StMELF) vollumfänglich festhalten und mit welchen Argumenten und Maßnahmen wird sich das StMELF gegen die geplanten Kürzungen einsetzen?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Um die Lärmbelästigung für Anwohnerinnen und Anwohner in den Wohngebieten um den Nürnberger Flughafen einschätzen zu können, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Entscheidungsgrundlage die Standortwahl der Lärmmessstellen für den Nachtfluglärmbereich des Flughafens Nürnberg exakt beruht, warum manche Standorte für Messstellen nicht mehr in Betrieb sind sowie ob an Ersatz für diese Standorte gedacht ist (bitte ggf. nach Zeitpunkt und Ort aufschlüsseln)?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Bundesminister für Verkehr Patrick Schnieder bei der gemeinsamen Kabinettsitzung von Bundesregierung und Bayerischer Staatsregierung Anfang Februar 2026 erklärte, man arbeite – auch bei der Franken-Sachsen-Magistrale – „mit Hoch-

druck daran, Baureife zu bekommen und dann auch eine Finanzierung sicherzustellen“ (siehe Presseartikel „Bayern und Bund wollen bei Verkehrsprojekten Tempo machen“ vom 10.02.2026 auf sueddeutsche.de), frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie zu diesem Zeitpunkt über den Stand der Planungen zur Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale hatte, seit wann ist der Staatsregierung bekannt, dass bisher noch kein Planungsauftrag des Bundes vorliegt und welche Schritte hat die Staatsregierung seit Kenntnis dieses Sachverhalts gegenüber der Bundesregierung unternommen, um die Erteilung eines Planungsauftrags zu erreichen?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen technischen, baulichen und finanziellen Eckdaten sie derzeit für die Realisierung des geplanten Römermuseums in Augsburg ausgeht, welcher Zeitplan für Planung, Baubeginn und Fertigstellung zugrunde gelegt wird und wie der genaue Stand der Verhandlungen zwischen dem Freistaat und der Stadt Augsburg über die Beteiligung des Freistaates an den Finanzierungskosten ist?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Nachdem in einer Untergruppe des Runden Tisches zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs 2011 laut Protokoll vermerkt wurde, dass sexualisierte Gewalt in Schule, Kita oder in den Kirchen unter Umständen als Arbeitsunfall gelten und damit Betroffene Anspruch auf Leistungen der Unfallversicherung haben können, und nachdem laut diesem Protokoll auch Vertreter der Bundesländer an der Sitzung teilgenommen haben, frage ich die Staatsregierung, wer hat seitens der Staatsregierung an besagter Sitzung 2011 teilgenommen, welche Maßnahmen wurden seitens der Staatsregierung ergriffen, um Kitas und Schulen über die Zuständigkeit der Unfallversicherer und über die nötigen Meldewege zu informieren sowie die möglichen Leistungsansprüche von Betroffenen sichtbar zu machen und inwieweit gedenkt die Staatsregierung, wie u. a. von der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung gefordert, verpflichtende schulische Schutzkonzepte gesetzlich zu verankern, um Kinder und Jugendliche an ihrem Lernort vor Übergriffen und sexueller Gewalt besser zu schützen?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden mit Blick auf den Bau eines Konzerthauses im Münchner Werksviertel bereits mit privaten Investoren Verhandlungen aufgenommen, mit dem Ziel, dass das Konzerthaus im Anschluss an den Freistaat vermietet wird („mieten statt kaufen“), welche inhaltlichen und organisatorischen Grundlagen hat die Investorensuche und bis wann ist gegebenenfalls mit der Vergabe der Planungs- und Bauleistungen zu rechnen?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung beim Kabinettsbeschluss zum Doppelhaushalt 2026/2027 erklärt hat, dass sich die Investitionsquote im Jahresdurchschnitt 2026/2027 auf rund 17 Prozent beläuft, frage ich die Staatsregierung, wie sie den Begriff der Investitionsquote konkret definiert und auf welchen Prozentsatz sich die (geschätzte) Investitionsquote des Freistaates belaufen würde, wenn

die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität und Mittel aus sonstigen unmittelbaren Leistungen des Bundes für Investitionen des Freistaates nicht berücksichtigt würden?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Änderungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) sie derzeit plant, was die Gründe für die geplante Abschaffung des kostenlosen Verbesserungsversuchs in beiden juristischen Staatsprüfungen ist (bitte auch Gründe für die konkrete Höhe etc. angeben), die der Landesstudierendenrat Rechtswissenschaft Bayern n. e. V. in seiner Stellungnahme vom 25.02.2026 kritisiert hat<sup>1</sup> und wann mit der Verabschiedung des Verordnungsentwurfs durch die Staatsregierung zu rechnen ist (bitte die geplanten Verfahrensschritte zur Änderung der JAPO darlegen)?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ergänzend und zusätzlich zur Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht und Cemal Bozoğlu vom 02.02.2026 frage ich die Staatsregierung, wie viele Leibesvisitationen wurden während der Razzia im Augsburger City Club durchgeführt (bitte aufschlüsseln nach Form der Leibesvisitation und Grad der Entkleidung), bei wie vielen dieser Leibesvisitationen wurden am oder im Körper Drogen gefunden (bitte Personen anonymisiert mit konkretem Fund aufschlüsseln) und waren die auf dem Boden gefundenen Drogen nachträglich eindeutig Personen zuordenbar (falls ja, bitte Personen anonymisiert mit zugeordnetem Fund aufschlüsseln)?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Energieeinsparung plant sie angesichts der extrem gestiegenen Preise für Erdgas- und Erdöl, plant die Staatsregierung sich für Entlastungen der Verbraucher einzusetzen und lehnt die Staatsregierung angesichts der hohen Kosten für fossile Energien weiterhin die 65 Prozent erneuerbare Energien Vorgabe im Gebäudeenergiegesetz des Bundes ab?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung in Bezug auf das Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern, von welchen landesrechtlichen Vorgaben im Detail (bitte unter Nennung der entsprechenden Gesetze bzw. Regelungsmaterien) durch den Gesetzentwurf, insbesondere durch ministerielle Allgemeinverfügung, abgewichen können werden soll?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Holzbauförderung zum 31.12.2026 ausläuft und es bereits im Jahr 2025 zu einem Förderstopp kam, sodass trotz vorliegender Anträge nicht mehr allen Antragstellenden eine Förderzusage erteilt werden konnte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Holzbauförderung konnten im Jahr 2025 sowie bis einschließlich Februar 2026 aufgrund ausgeschöpfter Haushaltsmittel nicht mehr bewilligt werden, welche konkreten Projekte sind davon betroffen und können daher nicht mehr bezuschusst werden und bei welchen Projekten

---

<sup>1</sup> <https://lsrr-bayern.de/stellungnahme-zur-abschaffung-des-kostenlosen-verbesserungsversuchs/>

konnte lediglich ein geringerer Zuschuss als beantragt bzw. als nach den Förderbedingungen vorgesehen bewilligt werden (bitte jeweils nach Regierungsbezirken aufschlüsseln mit Angabe der Fördersumme)?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden auf dem für rund 6,5 Mio. Euro umfassend sanierten Abschnitt der Staatsstraße St 2622 zwischen Neukirchen vorm Wald und Hutthurm derart schwerwiegende Baumängel festgestellt, dass die seit der Freigabe im September angeordnete Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h (mit verkürzter Überholspur) gerechtfertigt ist, wie lange wird diese Temporeduzierung auf den drei Fahrstreifen voraussichtlich noch bestehen bleiben und wer trägt letztlich die Kosten für die Beseitigung der aufgetretenen Mängel?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie konnte es dazu kommen, dass im Leseförderprogramm „FiLBY-2“ diskriminierende und fachlich unzutreffende Darstellungen über gehörlose Menschen enthalten sind, welche konkreten Maßnahmen ergreift die Staatsregierung infolge der Beanstandung durch den Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. und wie stellt sie künftig sicher, dass bereitgestellte Unterrichtsmaterialien frei von jeglicher Form der Diskriminierung sowie fachwissenschaftlich korrekt sind?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die aktuellen Pläne der Bundesregierung ein, die Förderung für kleine Photovoltaikanlagen über eine garantierte Einspeisevergütung bis zu einer installierten Leistung von 25 KWp zu beenden, welche Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sieht die Staatsregierung durch den geplanten Redispatch Vorbehalt im Rahmen des Netzpakets der Bundesregierung und in welchen bayerischen Landkreisen wurden im vergangenen Jahr bereits mehr als 3 Prozent der erneuerbaren Energien abgeregelt?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung angekündigt hat, die Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst erst mit einer Verzögerung von 6 Monaten auf die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern zu übertragen, frage ich die Staatsregierung, wie hoch der Betrag ist, der dadurch eingespart werden soll, dabei ist von dem für 2026 vorgelegten Stellenplan auszugehen und die Auswirkung auf die Pensionistinnen und Pensionisten einzubeziehen?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten neuen und anderen Maßnahmen sie – über die bisher ergriffenen, offensichtlich nicht ausreichenden Schritte hinaus, wie die neue Publikation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) „Antisemitismus zwischen Klassenzimmer und Freizeit. Jüdische Erfahrungen und Perspektiven in Bayern“ deutlich zeigt – plant, insbesondere das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK), um Antisemitismus an Schulen wirksam zu bekämpfen, und wie wird das StMUK künftig die systematische Erfassung antisemitischer Vorfälle sowie die gezielte Aufklärung und Sensibilisierung von Lehrkräften und Schülerinnen und Schü-

lern sicherstellen?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da der Zugang zu Integrationskursen zukünftig eingeschränkt werden soll und derzeit zehntausende Anträge auf Zulassung zu einem Integrationskurs beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegen, wovon nur knapp 600 angenommen wurden, alle weiteren abgelehnt werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Integrationskurse fallen hier konkret in Bayern weg, wie soll die Integration von Geflüchteten in Bayern aufgefangen werden (hinsichtlich der für die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt nicht ausreichenden Erstorientierungskursen als Alternative zu den Integrationskursen) und was wird konkret im Freistaat unternommen, damit Menschen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle bauliche Zustand der Burg Veldenstein in Neuhaus an der Pegnitz und welche Pläne verfolgt der Freistaat als Eigentümer hinsichtlich einer möglichen Sanierung und touristischen Erschließung und mit welchem Zeithorizont?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte arbeiten derzeit in Teilzeit (bitte aufschlüsseln nach Schularten, Antragsteilzeit oder familienpolitische Teilzeit sowie absolute und prozentuale Zahlen), wie viele der Lehrkräfte in familienpolitischer Teilzeit arbeiten weniger als 30 Prozent oder nehmen die familienpolitische Teilzeit zur Betreuung von Kindern ab Vollendung des 14. Lebensjahres in Anspruch (bitte aufschlüsseln nach Schularten) und plant die Staatsregierung die im Rahmen des Piazzolo-Pakets eingeführten Einschränkungen der Antragsteilzeit an Grund-, Mittel- und Förderschulen aufzuheben, um eine doppelte Belastung dieser Lehrkräfte durch die bestehenden Einschränkungen der Antragsteilzeit sowie die geplanten Einschränkungen der familienpolitischen Teilzeit ab dem Schuljahr 2027/2028 zu vermeiden?